

# Autoritäre Wende, populistische Wette

Benjamin Opratko

Wie verhalten sich Populismus und Demokratie zueinander? Beschädigt der gegenwärtige Erfolg populistischer Parteien und Politiker\*innen die Demokratie? Ist er selbst nur Symptom einer Beschädigung, die andere Kräfte der Demokratie zugefügt haben? Oder ist umgekehrt populistische Politik ein nötiges Mittel, um gesellschaftliche Verhältnisse wieder demokratischer zu gestalten? Diese Fragen haben durch die Wahlerfolge rechts-populistischer genannter Parteien und Politiker\*innen, aber auch durch als linkspopulistisch bezeichnete Formationen wie Podemos oder die Kampagnen um Bernie Sanders in den USA und Jeremy Corbyn in Grossbritannien an Dringlichkeit gewonnen. Sie werden in internationalen politisch-intellektuellen und akademischen Debatten schon länger erörtert.

2016 erklärte Jan-Werner Müller den Populismus linker wie rechter Fassung zur Gefahr für die Demokratie, weil er danach trachte, den Pluralismus aufzuheben. Im »moralischen Alleinvertretungsanspruch« (Müller 2016, 19) der Populisten manifestiere sich die Geringschätzung der Demokratie, die doch auf die Vielfalt der Optionen auf dem Wählermarkt angewiesen sei. Populistische Politiker\*innen nähmen für sich in Anspruch, im Namen des gesamten Volkes zu sprechen und Gegner\*innen nicht bloss als politische Kontrahent\*innen zu adressieren, sondern sie gleichsam symbolisch aus dem Volk auszuschliessen (vgl. ebd., 42ff.). Populismus sei deshalb, so Müller (2016, 18), »der Tendenz nach immer antidemokratisch«.

Gerade umgekehrt argumentiert Chantal Mouffe. Nach ihr ist es gerade der von Müller präferierte Gegenpart zum Populismus – der Liberalismus –, der den Pluralismus untergräbt. Ein Pluralismus, der seinen Namen verdient, gelange nur dann wirklich zur Geltung, wenn er tatsächliche politische Gegensätze – in Mouffes Begriffen: Antagonismen – in Politik übersetze. Mit der wirtschaftspolitischen Hegemonie des Neoliberalismus sei der antagonistische Gehalt des Pluralismus jedoch unter die Wahrnehmungsgrenze geschrumpft. Zur Wahl standen nur noch unterschiedliche Varianten desselben Gerichts, der politische Gehalt der Parteien unterschied sich kaum noch voneinander. Mouffe bezeichnete diese Entwicklung als »Postpolitik« (Mouffe, 2007)<sup>1</sup>; sie fasst sie heute so zusammen: »Wahlen bieten heute nicht mehr die Möglichkeiten, zwischen echten Alternativen in Form der traditionellen ›Regierungsparteien‹ auszuwählen. Postpolitik

lässt ausschliesslich die abwechselnde Machtausübung der Mitte-rechts- und der Mitte-links-Partei zu. Alle, die sich diesem ›Konsens der Mitte‹ und dem Dogma, die neoliberale Globalisierung sei alternativlos, entgegenstellen, werden als ›Extremisten‹ gebrandmarkt oder als ›Populisten‹ disqualifiziert« (Mouffe 2018, 27). Unter postpolitischen Bedingungen habe der Populismus – auch jener der Rechten – deshalb demokratisierendes Potenzial. Man müsse, so Mouffe (2018, 32), »erkennen, dass viele der von rechtspopulistischen Parteien artikulierten Forderungen demokratische Forderungen sind, die einer progressiven Antwort bedürfen.« Diese progressive Antwort müsse von einer dezidiert ›linkspopulistischen‹ Kraft kommen, die es sich zur Aufgabe machen müsste, »ein alternatives Vokabular zur Verfügung zu stellen, um diese Forderungen auf egalitäre Ziele umzulenken« (ebd., 33).

Chantal Mouffes Plädoyer ›Für einen linken Populismus‹ (so der Titel ihres jüngsten Büchleins) steht also der liberalen Populismusanalyse, wie sie unter anderem von Müller vertreten wird, schon in der Grundannahme diametral entgegen. Müller sieht den Pluralismus und damit die Demokratie in Gefahr, wenn populistische Politik eine scharfe Grenze zwischen ›dem Volk‹ und ›der Elite‹ zieht. Für Mouffe dagegen ist genau das notwendig, um Pluralismus und damit die Demokratie wieder herzustellen. Dafür sei es nötig, bedeutungsvolle Differenzen in das politische Feld einzuziehen, die postpolitische Kondition aufzubrechen – und damit die Bedingungen zu schaffen, Demokratie zu ›radikalisieren‹ (Mouffe 2018, 51ff.).

So unterschiedlich sie argumentieren, ähneln sich die Herangehensweisen von Müller und Mouffe doch in einer Hinsicht. Beide bestimmen ›Populismus‹ weder hinsichtlich der politischen Inhalte, die er vertritt, noch anhand der sozialen Gruppen, die seine Basis ausmachen. Populismus ist für beide »eine Art, Politik zu betreiben« (Mouffe 2018, 21), bzw. »eine ganz bestimmte Politikvorstellung« (Müller 2016, 42) und wird entsprechend formal definiert. Beide sehen von Programmen und Inhalten ›populistischer‹ Parteien ab, beide interessieren sich nicht für die sozialen (Klassen-)Lagen ihrer Anhänger\*innen. Das ist, so will ich argumentieren, ein Problem für die analytische und zeitdiagnostische Qualität beider Ansätze und mündet in komplementären Fehleinschätzungen. Einerseits unterschätzt Mouffe den autoritären Gehalt rechtspopulistischer Projekte, deren Potenzial zur »Entzivilisierung« westlicher Gesellschaften und die in ihr enthaltene Gewalt (vgl. Nachtwey 2017, 217ff.). Andererseits entgeht Müller, dass in populistischen Kampfansagen gegen die Eliten auch die Begehren jener zum Ausdruck kommen können, die als »Ungezählte« (Rancière 2002, 23) im postpolitischen Feld nicht mehr vorkommen – und ohne die eine Demokratie, die ihren Namen verdient, nicht zu machen ist.

## Der Gehalt des Populismus

Die formale Bestimmung reicht also nicht aus, um zu erörtern, welche Gefahr und welche Bereicherung populistische Politik für die Demokratie darstellen können. Dafür muss der jeweilige *soziale* und *politische* Gehalt dieser politischen Formationen berücksichtigt werden. ›Sozialer Gehalt‹ soll hier heissen: Welche Erfahrungen, Interessen und Begehren werden von populistischen Parteien und Politiker\*innen artikuliert? Als ›politischen Gehalt‹ können wir die programmatischen Inhalte und, wo sie bereits Staatsmacht übernommen haben, das Regierungshandeln der Populist\*innen bezeichnen.

Parteien wie die FPÖ in Österreich, die AfD in Deutschland oder auch die SVP in der Schweiz greifen eine Entfremdung von den politischen Eliten und deren Institutionen auf. Sie geben ihr Ausdruck, indem sie sich als Stimme des Volkes inszenieren. Dabei setzen populistische Parteien gezielt emotionalisierende Sprache ein und inszenieren sich als Tabubrecher – der Status als Aussenseiter wird nicht nur in Kauf genommen, sondern angestrebt. So gelingt die Konstruktion dessen, was Chantal Mouffe in Fortführung der Thesen Ernesto Laclaus als Antagonismus beschreibt: Das politische Terrain wird in zwei Lager geteilt und »zu einer Mobilisierung der ›Benachteiligten‹ gegen ›die an der Macht‹ [aufgerufen]« (Mouffe 2018, 20f.; vgl. Laclau, 2005).

Dies gelingt unter konkreten gesellschaftlichen Bedingungen. Der soziale Gehalt populistischer Projekte ergibt sich aus einem Moment der Krise. In zahlreichen Gesellschaften war die Durchsetzung des Neoliberalismus begleitet von der Schwächung der Integrationskraft politischer Volksparteien. Die Veränderungen in der Arbeitswelt, in der öffentlichen Kultur, in der Lebensführung und in den sozialen Infrastrukturen brachten neue Erfahrungen hervor, z. B. Verunsicherung und Abstiegsängste, erzwungene Selbstverantwortung und neue ›Ellenbogenmentalitäten‹. Den etablierten Parteien gelang es vielerorts nicht, diese neuen Erfahrungen in die politische Öffentlichkeit zu übersetzen – ein Phänomen, das oft als »Repräsentationskrise« bezeichnet wurde (vgl. Linden/Thaa, 2011). Es entstand, was die SoziologInnen Jörg Flecker und Sabine Kirschenhofer die »populistische Lücke« nannten. In diese konnten rechtspopulistische Akteur\*innen vorstossen (vgl. Flecker/Kirschenhofer 2007, 12).

Eine ›populistische Lücke‹ zu konstatieren ist jedoch nicht gleichbedeutend mit der These, der rechte Populismus repräsentiere die vom neoliberalen Kapitalismus am stärksten gebeutelten Teile der Arbeiterklasse. Diese These von den »Globalisierungsverlierer\*innen«, die angeblich die Basis des Aufstiegs der populistischen Rechten darstellten, hält sich seit den 1990er Jahren hartnäckig (vgl. Betz, 1994) und wird aktuell u. a. prominent von Nancy Fraser vertreten, um die Wahl Donald Trumps zu erklären (vgl.

Fraser, 2017). Tatsächlich wird diese These jedoch von empirischen Studien zur Zusammensetzung der Wähler\*innenschaft etwa Donald Trumps oder der AfD nicht bestätigt (vgl. Pew Research Center 2018, 24; Bergmann/Diermeier Niehues, 2016; Hilmer et al., 2017). Zuletzt zeigte Philip Manow für Deutschland, dass keine oder gar eine negative Korrelation zwischen sozialer Deprivation und AfD-Wahlerfolgen existiert (vgl. Manow 2018, 70ff.). Tatsächlich charakterisiert rechtspopulistische Parteien, dass sie quer durch die Sozialstruktur Wähler\*innen für sich gewinnen.

So wird auch die Annahme problematisch, die Wahl rechtspopulistischer Parteien stelle eine Art »subjektiver politischer Gegenwehr« (Fraser 2017, 77) gegen die Globalisierung dar.<sup>2</sup> Dass es sich also um »eigentlich« sozialpolitisch progressive Anliegen handelte, die von rechtspopulistischen Politiker\*innen bloss in reaktionäre Bahnen kanalisiert würden, ist nicht nachvollziehbar. So etwa bei Chantal Mouffe, wenn sie meint, es gehe darum »diese Forderungen auf egalitäre Ziele umzulenken«, schliesslich dürfe man nicht »den Wählern die Verantwortung dafür in die Schuhe [...] schieben, wie ihre Forderungen artikuliert werden« (Mouffe 2018: 33). Wer sonst, ist man geneigt zu fragen, soll denn die Verantwortung für die eigene Wahlentscheidung tragen? Hier tritt eine Geringschätzung des politischen Gehalts gegenwärtiger populistischer Mobilisierung zu Tage. Tatsächlich sind es ja nicht so sehr wirtschaftspolitische Fragen, sondern die Themen Migration und innere Sicherheit, die von diesen Parteien in den Vordergrund gestellt werden. Und es sind auch eben diese Themen, die von ihren Wähler\*innen als die wichtigsten erachtet werden.

### **Autoritärer Populismus**

Hier treffen sich die Gesichtspunkte des sozialen und des politischen Gehalts. Rechte populistische Parteien konstruieren ein klassenübergreifendes Bündnis, dessen ideologischer Kitt gerade nicht klassenbezogen gebildet wird, sondern von Fragen der Volksmoral. Schon Ende der 1970er Jahre konnte Stuart Hall zeigen, dass das frühe populistische Projekt der Thatcher-Regierung in Grossbritannien Hegemonie gewinnen konnte, indem es das Terrain der Auseinandersetzung derart verschob: »Sein Erfolg und seine Effektivität liegen nicht in seiner Fähigkeit begründet, arglose Leute zu täuschen, sondern in der Weise, in der er wirkliche Probleme, wirkliche und gelebte Erfahrungen, wirkliche Widersprüche anspricht – und sie zugleich in einer diskursiven Logik repräsentiert, die sie systematisch in Einklang mit den Programmen und Klassenstrategien der Rechten bringt« (Hall 1979, 20, Übers.: B.O.). Hall nannte dieses Projekt »autoritären Populismus« (vgl. Demirović, 2018). Er zeichnete das »Bild einer Gesellschaftsordnung am Rande des Zusammenbruchs [...] deren Feinde ›innen und aussen‹ wuchern« (Hall 1986, 36) und versprach die »Wieder-

herstellung der Ordnung durch Verordnung: die Basis einer populistischen ›Law-and-Order‹-Kampagne«.

Heute ist es vor allem das Versprechen symbolischer Aufwertung durch rassistische Diskriminierung, das die klassenübergreifende Basis des autoritären Populismus zusammenhält. Dies lässt sich gegenwärtig anhand der Politik der österreichischen Bundesregierung studieren. Sie wird von der rechtsextremen FPÖ und der unter Sebastian Kurz autoritär-populistisch gewendeten ÖVP gebildet. Viele der Massnahmen, die sie im ersten Amtsjahr durchgesetzt hat, richten sich gegen die ökonomischen Interessen von Arbeiter\*innen. Dazu gehören die Ausweitung der maximal zulässigen Tages- und Wochenarbeitszeit von zehn auf zwölf bzw. von 40 auf 60 Stunden, die Kürzung von Sozialleistungen oder eine unternehmerfreundliche ›Reform‹ des öffentlichen Gesundheitswesens. Trotzdem genießt die Regierung bislang hohe Zustimmungswerte, die eigene Anhängerschaft akzeptiert offenbar die Fortsetzung und Vertiefung neoliberaler, kapitalfreundlicher Wirtschaftspolitik. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass die Regierung immer neue rassistische Kampagnen fährt und diskriminierende Massnahmen beschliesst – von der medienwirksam inszenierten Gründung einer neuen polizeilichen Grenzschutzeinheit über die Kürzung von Sozialleistungen für Ausländer\*innen und die Schikanierung von Asylbewerber\*innen bis zu Kopftuchverboten. Diese Massnahmen werden nicht deshalb unterstützt, weil die eigentlich ökonomischen Verhältnissen entspringende Wut rassistisch ›umgeleitet‹ würde, sondern weil die Gesellschaft von einer weit verbreiteten ›Ablehnungskultur‹ durchdrungen ist, die sich gegen alles richtet, was als fremd und bedrohlich konstruiert wird (vgl. Bojadžijev/Opratko, 2017). Camilo Molina und Valentin Schwarz fassten die Erfolgsformel der FPÖ jüngst prägnant so zusammen: »Die Annahme, es würde genügen, die FPÖ als ›Partei der Reichen‹ zu entlarven, verkennt die Ursachen ihres Erfolgs. Ihr Rezept ist die permanente rassistische und autoritäre Zuspitzung. Das tut sie nicht nur zur Ablenkung davon, dass sie eine Politik gegen die Interessen ihrer WählerInnen betreibt – sondern um neu zu definieren, was diese Menschen als ihre Interessen begreifen« (Molina/Schwarz, 2019).

Begleitend werden die Etats von Polizei und Militär erhöht, die Online- und Offline-Überwachung ausgeweitet sowie Druck auf Medien und Rundfunk ausgeübt. All das ist Teil einer Strategie, die es zum Ziel hat, Staat und Gesellschaft umzubauen, nach dem Vorbild Ungarns und Polens. Das Staatsprojekt des autoritären Populismus ist in Österreich darauf angelegt, die eigene Macht auf Dauer zu stellen, indem Institutionen und Prozesse der bürgerlichen Demokratie ausgehöhlt und wenn nötig geschleift werden. In diesem Sinne ist die populistische Herausforderung tatsächlich eine Gefahr für die Demokratie.

## Vom Populismus lernen?

Was also ist dieser Herausforderung entgegenzusetzen? Die Verteidigung des schlechten Bestehenden, vorgetragen als inhaltsleerer »liberaler Antipopulismus« (vgl. Marchart, 2017), hat der autoritären Wende nichts entgegenzusetzen. Um ein altes Gedicht Erich Frieds zu paraphrasieren: Wer will, dass die Demokratie so bleibt, wie sie ist, will nicht, dass sie bleibt. Soweit ist Chantal Mouffe und Nancy Fraser zuzustimmen: Was Mouffe den »populistischen Moment« nennt – »wenn die vorherrschende Hegemonie unter dem Druck politischer oder sozioökonomischer Umwälzungen durch eine Vervielfachung unerfüllbarer Forderungen destabilisiert wird« (Mouffe 2018, 21) –, verlangt auch nach einer Neuformierung linker, demokratischer Kräfte. Sie können und sollten von populistischen Parteien und Bewegungen lernen. Etwa, sich zu weigern, die Sprache der Regierenden zu sprechen, und der eigenen Politik ein grosses ›Nein‹ zum real existierenden Politbetrieb voranzustellen. Oder politische Gegner\*innen zu benennen – wie die ›1 Prozent‹ bei Bernie Sanders oder ›la casta‹ (›die Kaste‹) bei Podemos – und so einen gesellschaftlichen Antagonismus einzusetzen. Oder auch anzuerkennen, dass ohne die Mobilisierung von Emotionen und Affekten, ohne die Artikulation der Leidenschaften und Sehnsüchte keine Politik gegen die herrschenden Verhältnisse möglich ist (vgl. Boos/Opratko, 2016).

Und doch wäre es falsch, eine ›linkspopulistische‹ Diskursstrategie als Patentlösung anzupreisen. Denn mit ihr sind weitere Risiken verbunden, von denen drei hier abschliessend erwähnt werden sollen. Erstens laufen sie Gefahr, die Eigenmacht nationalistischer, patriarchaler und rassistischer Dynamiken zu unterschätzen. Die Rechte setzt darauf, Sehnsüchte nach Autorität, Ordnung und Kontrolle zu entfesseln, die als gesellschaftliche Reaktion auf Krisenerfahrungen weit verbreitet sind. Die Linke darf in dieser Konstellation nicht der Versuchung nachgeben, sich einfach als ›bessere‹ Autorität zu inszenieren und die effektivere Wiederherstellung von Ordnung zu versprechen. Zweitens tendieren linkspopulistische Strategien dazu, Politik auf PR- und Kommunikationsstrategien zu reduzieren. So als würde es reichen, den richtigen diskursiven Antagonismus zu konstruieren, um möglichst viele Stimmen bei Wahlen zu erhalten. Demgegenüber werden organisierende Tätigkeiten an der Basis, die alltägliche Arbeit in Stadtteilen oder Betrieben und das Herstellen eines »Hinterlands der Solidarität« (Goes/Bock 2017, 108) vernachlässigt. Drittens verbindet sich die Überbetonung der ›grossen Erzählungen‹ meist mit einer starken Personalisierung der eigenen Politik. Dass einzelne Führungspersonen wie Bernie Sanders, Jeremy Corbyn, Jean-Luc Mélenchon oder Pablo Iglesias eine zentrale Rolle spielen, ist nicht unbedingt ein Problem. Die Personalisierung begünstigt jedoch, wie etwa Raul Zelik (2015) am Beispiel von

Podemos gezeigt hat, die Entdemokratisierung nach innen. Ähnlich wie der Populismus in der nationalen politischen Arena darauf abzielt, eine direkte affektive Bindung zwischen ›Führer\*in‹ und ›Volk‹ jenseits vermittelnder Instanzen herzustellen, tendiert er auch innerhalb der Partei dazu, demokratische Gremien zu umgehen. Alle drei Gefahren konnten zuletzt in Deutschland anhand der von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine initiierten Bewegung ›Aufstehen‹ beobachtet werden, die als Versuch interpretiert werden kann, die Partei ›Die Linke‹ per Bypass auf eine populistische Linie zu führen.

Was dieser kurze Durchlauf zur gegenwärtigen Debatte zeigt, ist, dass die gegenwärtigen Herausforderungen für die Demokratie mit dem Begriff des ›Populismus‹ nur unzureichend beschrieben werden können. Es ist notwendig, konkret den jeweiligen sozialen und politischen Gehalt jener politischen Projekte zu bestimmen, die populistisch genannt werden. Wessen Interessen, Leidenschaften und Ressentiments werden von ihnen mobilisiert? Inwiefern tragen sie zur Autoritarisierung oder umgekehrt zu Demokratisierung der Gesellschaft bei? Alleine aus der Titulierung als ›populistisch‹ lässt sich das nicht ableiten. Was andererseits dafür spricht, den Begriff weiterhin zu nutzen, ist, dass er ein reales Problemfeld benennt. Die ›populistische Lücke‹ ist real, sie entsteht aus einer tiefen gesellschaftlichen Krise des neoliberalen Kapitalismus. Sie kann von rechts erfolgreich gefüllt werden, etwa wenn autoritär-populistische Kräfte Regierungsmacht übernehmen und den Staat autoritär umbauen – so wie es in Ungarn und Polen bereits geschehen ist und wie es in Österreich und Italien gegenwärtig versucht wird. Dass sie auch von links gefüllt werden kann, also statt einer Autoritarisierung auch eine Demokratisierung der Gesellschaft die Krise bewältigen kann, ist die Wette des Linkspopulismus. Ob sie aufgeht, werden die nächsten Jahre zeigen.

#### **Fussnoten**

1 Mouffes These von der ›Postpolitik‹ trifft sich in der Diagnose mit Colin Crouchs ›Postdemokratie‹, betont jedoch stärker die besondere Verantwortung der ›modernisierten‹ Sozialdemokratie ab Ende der 1990er Jahre (Schröder, Blair) für diesen Prozess (vgl. Mouffe, 2015; Crouch 2008).

2 Obwohl Manow plausibel und empirisch gehaltvoll die Globalisierungsverlierer-These in Frage stellt, interpretiert auch er Populismus als »Protestartikulation gegen Globalisierung« (Manow 2018, 11), indem er Migration selbst als eine ihrer »hauptsächlichen Erscheinungsformen« fasst (ebd.). Seine Erklärungen, weshalb gerade in Regionen mit verhältnismässig wenig Immigration und geringem Anteil an Nicht-Staatsbürger\*innen rechtspopulistische Parteien starke Unterstützung erfahren, bleiben jedoch dürftig.

## Literatur

- Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehues, Judith (2016): Die AfD – eine Partei der Besserverdiener? IW Kurzberichte 19.2016. Köln.
- Betz, Hans-Georg (1994): Radical Right-Wing Populism in Europe. New York.
- Bojadžijev, Manuela/Opratko, Benjamin (2017): Von der Willkommens- zur Ablehnungskultur? In: Forum Migration Nr. 12.
- Boos, Tobias/Opratko, Benjamin (2016): Die populistische Herausforderung: Pure Vernunft darf niemals siegen. In: spw Nr. 4/2016.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt/M.
- Flecker, Jörg/Kirschenhofer, Sabine (2007): Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs. Berlin.
- Fraser, Nancy (2017): Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hg.): Die grosse Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin.
- Goes, Thomas E./Bock, Violetta (2017): Ein unanständiges Angebot? Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte. Köln.
- Hall, Stuart (1979): The Great Moving Right Show. In: Marxism Today, Nr. 1/1979.
- Hall, Stuart (1986): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: Dubiel, Helmut (Hg.): Populismus und Aufklärung. Frankfurt am Main.
- Hilmer, Richard/Kohlrausch, Bettina/Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jérémie (2017): Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. Working Paper Forschungsförderung 44, Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.
- Laclau, Ernesto (2005): On Populist Reason. London.
- Linden, Markus/Thaa, Wilhelm (Hg., 2011): Krise und Reform politischer Repräsentation. Baden-Baden.
- Manow, Philip (2018): Die politische Ökonomie des Populismus. Berlin.
- Marchart, Oliver (2017): Liberaler Antipopulismus. Ein Ausdruck von Postpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 44–45/2017.
- Molina, Camilo/Schwarz, Valentin (2019): Das erste Jahr: Eine Zwischenbilanz des Widerstands gegen Schwarz-Blau. In: <https://mosaik-blog.at/widerstand-gegen-schwarz-blau-donnerstagsdemo/>
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main.
- Mouffe, Chantal (2015): ›Postdemokratie‹ und die zunehmende Entpolitisierung. In: Baumann, Hans/Herzog, Roland/Ringger, Beat/Schatz, Holger (Hg.): Denknetz Jahrbuch 2015. Zürich.
- Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. Berlin.
- Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin.
- Nachtwey, Oliver (2017): Entzivilisierung. Über regressive Tendenzen in westlichen Gesellschaften. In: Geiselberger, Heinrich (Hg.): Die grosse Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin.
- Pew Research Center (2018): For Most Trump Voters, 'Very Warm' Feelings for Him Endured. <http://www.people-press.org/wp-content/uploads/sites/4/2018/08/8-9-2018-Validated-voters-release-with-10-17-correction.pdf>
- Ranciére, Jacques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main.
- Zelik, Raul (2015): Mit PODEMOS zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien. Berlin.